

VERTRAULICH

331.0 - GR/PR/AR/or/mü

Protokoll der Gespräche zwischen Bundesrat Pierre Aubert, Vorsteher des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten, und dem sowjetischen Aussenminister, Eduard Schewardnadse, in Moskau, 5. und 6. September 1986

---

Allgemeines

Aussenminister Schewardnadse (Sch.) begrüsst die Fortsetzung des im November 1985 in Genf begonnenen Dialogs mit seinem schweizerischen Amtskollegen. Bei den damaligen Gesprächen herrschte ein sehr konstruktiver Geist.

Er dankt der schweizerischen Regierung erneut für ihre Gastfreundschaft während des Gipfeltreffens zwischen Generalsekretär Gorbatschow und Präsident Reagan. Die sowjetische Delegation war von der perfekten Organisation beeindruckt. Wenn der in Genf mit den USA begonnene Prozess nicht wunschgemäss abläuft, dann ist dies sicher nicht der Fehler der Schweiz.

Da in den 40 Jahren seit Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zum ersten Mal ein schweizerischer Aussenminister der Sowjetunion einen offiziellen Besuch abstattet, kann man wohl von der Einleitung einer neuen Etappe in den gegenseitigen Beziehungen sprechen. Die Bilanz des in den vergangenen 40 Jahren Erreichten auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet bildet eine gute Grundlage für eine weitere Intensivierung der Beziehungen im Interesse des Weltfriedens.

Bundesrat Aubert (CFA) erachtet den Zeitpunkt für einen offiziellen Besuch nach 40 Jahren ebenfalls für gekommen. Der in Genf angebahnte Dialog zwischen der Schweiz und der Sowjetunion sollte nun weitergeführt werden, um die bilateralen Beziehungen zu verbessern und zu prüfen, welche Möglichkeiten der Zusammenarbeit sich auf internationaler Ebene zur Förderung des Friedens anbieten.

- 2 -

Ost-Westbeziehungen

CFA betont, das Gipfeltreffen vom November 1985 bedeute einen Neubeginn in den Ost-Westbeziehungen. Wenn die Ergebnisse in Genf und seither nicht so positiv ausgefallen sind, so sind erst recht gemeinsame Anstrengungen nötig, um mehr zu erreichen.

Dabei sollte die Schweiz nicht abseits stehen. Die Grundsätze ihrer Aussenpolitik sind Neutralität, Solidarität, Disponibilität sowie die Weiterführung ihrer humanitären Tradition. Im Dialog mit der UdSSR will sie abschätzen, auf welche Weise beide Staaten zusammenarbeiten können, im Rahmen ihrer Disponibilität und unter Beachtung ihrer Neutralität sowie im Einvernehmen mit dem Hauptinteressierten.

Die höchste Dringlichkeit kommt der Abrüstung zu. Die Schweiz befürwortet und ist bereit, aktiv einen Beitrag zu leisten. Sie wird nie Nuklearwaffen besitzen und wird nie die Stationierung solcher Waffen auf ihrem Territorium zulassen.

Es gibt zahlreiche politische Foren, die sich mit Abrüstung befassen. In die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen in Genf kann sich die Schweiz nicht einmischen. Dort bleibt sie Zuschauer. Teilnehmer ist sie dagegen an der KVAE in Stockholm, die am 19. September 1986 zu Ende geht.

Die Schweiz misst der KSZE grosse Bedeutung bei. Die Schlussakte von Helsinki ist ein besonders wichtiges Instrument für sie. Als kleines europäisches Land hat sie die gleichen Rechte wie die Super- und Grossmächte. Sie hat aktiv mitgewirkt an der Ausarbeitung des Schlussdokuments von Madrid und an allen Treffen seither.

In Madrid waren sich die Teilnehmer einig, dass alle drei Körbe weiterentwickelt werden sollten. Beim ersten Korb, welcher der

- 3 -

Sicherheit gewidmet ist, ist die Einsicht wichtig, dass Vertrauen nur durch Vertrauen entsteht und deshalb der Verifikation grosse Bedeutung zukommt. Ohne Vertrauen und Verifikation ist es schwierig, bei der eigentlichen Abrüstung voranzukommen.

Die Sowjetunion hat ihren Wunsch nach mehr Aktivität der Neutralen bekundet. Der Bundesrat hat am 3. September 1986 beschlossen, zur Verifizierung von vertrauens- und sicherheitsbildenden Massnahmen, über die man sich an der KVAE einigen wird, ein schweizerisches Flugzeug samt Besatzung zur Verfügung zu stellen. Dieser Beschluss wird an der heutigen Plenarsitzung der KVAE verkündet. Das Land, in dem die Inspektion durchgeführt wird, soll das Recht haben, das Flugzeug vor seinem Verifikationsflug zu kontrollieren. Es handelt sich um einen seriösen Vorschlag, der das Engagement unserer Neutralität zeigt.

Der Appell der Warschauer Paktstaaten von Budapest ist in der Schweiz geprüft worden. Schweizerischerseits ist man von der dort geäusserten Idee, ein neues Organ für Abrüstungsfragen zu schaffen, nicht angetan. Es wäre bedauerlich, nach MBFR und KVAE ein drittes Abrüstungsforum zu schaffen. Damit entstünde das Risiko, den ersten Korb der Schlussakte seines Sinnes zu entleeren.

Auf jeden Fall sollten bei der KVAE bis zum 19. September zum mindesten ein paar Fortschritte erzielt werden, die eine Fortführung in Wien auf der Grundlage einiger Ergebnisse erlauben würde.

Sch. bestätigt, die Sowjetunion habe die schweizerische Neutralität traditionsgemäss respektiert und werde sie immer respektieren. Dieses Statut erlaubt es der Schweiz, eine aktive Rolle zu spielen zur Erhaltung des Friedens und der Verbesserung der internationalen Beziehungen.

- 4 -

Die Sowjetunion befindet sich in einem wichtigen Wandlungsprozess im Innern und nach aussen. Am 27. Parteikongress wurden nach einer sorgfältigen Analyse der Weltlage die Grundsätze der sowjetischen Politik verkündet. Die menschliche Zivilisation ist weltweit an einem Wendepunkt angelangt. Folglich müssen die Probleme aus einer neuen Sicht angegangen werden, die dem veränderten Kräfteverhältnis Rechnung trägt.

Sch. ist einverstanden, dass die Anhäufung von Nuklearwaffen gefährlich ist. Die Menschheit kann damit ausgerottet werden. Vielleicht muss man die Probleme auf eine ganz neue Art lösen. Wenn ein nuklearer Krieg ausbricht, gibt es auch keine Neutralität mehr. Der Unfall in Tschernobyl hat gezeigt, dass es in diesem Bereich keine Anerkennung von Grenzen gibt. Die radioaktive Verstrahlung demonstriert, was die Welt erwartete, wenn Atombomben explodierten. Daraus ist zu folgern, dass die Sicherheit nur durch militärpolitische Garantien gesichert werden kann. Gemeinsame Anstrengungen aller Staaten müssen zu einer politischen Lösung führen. Deshalb schlug die Sowjetunion ein globales Sicherheitssystem vor.

Auf diese globale Konzeption stützen sich das Programm zur Beseitigung der Nuklearwaffen bis zum Jahr 2000, der Vorschlag zur Abschaffung der chemischen Waffen und der Vorschlag der sozialistischen Staaten zum Abbau der konventionellen Waffen in Europa.

Die Sowjetunion hat ihr einseitiges Moratorium dreimal verlängert. Die blockfreien Staaten unterstützen die Notwendigkeit des Testverbots. In den USA nimmt die Zahl der Bürger zu, die gegen eine Fortführung der nuklearen Tests sind. Beim Teststopp gibt es keine neutralen Aspekte. Die Weigerung der USA, sich dem sowjetischen Moratorium anzuschliessen, kann auch von den Neutralen nicht übersehen werden.

- 5 -

An der Verifikation ist die Sowjetunion ebenfalls interessiert. Auf welche Weise sie technisch durchgeführt werden soll, ist jedoch nicht klar. Zahlreiche Methoden stehen zur Verfügung. In Semipolatsk prüfen amerikanische Wissenschaftler zurzeit, welche Mittel der Verifikation in Frage kommen könnten.

Das Angebot eines schweizerischen Flugzeuges könnte angenommen werden, wenn dieses Flugzeug Fortschritte ermöglichte und sich herausstellte, dass es für die Verifikation unentbehrlich ist.

Bei den bilateralen Abrüstungsverhandlungen mit den USA stehen die Verlängerung des ABM-Vertrags, der Abbau der Nuklearwaffen, das Verbot der Schaffung neuer Waffentypen, namentlich von Weltraumwaffen sowie die strategischen Offensivwaffen im Vordergrund. Kompromissvorschläge liegen auf dem Tisch. Für die Mittelstreckenraketen gibt es verschiedene sowjetische Vorschläge: Die Sowjetunion ist für eine globale Lösung der Beseitigung aller Nuklearwaffen, sowohl der amerikanischen und sowjetischen als auch der französischen und britischen. Bei einer Uebergangslösung könnte man die französischen und britischen Waffen ausklammern unter der Bedingung, dass diese nur modernisiert, nicht aber quantitativ erhöht werden dürfen. Zudem sollten sich die USA verpflichten, keine neuen Nuklearwaffen an Drittstaaten zu liefern.

Die USA und die europäischen NATO-Mitglieder behaupten, sie seien von der Sowjetunion wegen der Stationierung von SS-20-Raketen auf deren europäischem Territorium zu einer Antwort gezwungen worden. Die Installation der SS-20 war aber nur eine Modernisierung und ersetzte ältere Modelle. In Tat und Wahrheit wollen die USA die Mittelstreckenraketen in Europa nicht zurückziehen. Das Argument der auf asiatischem Territorium stationier-

- 6 -

ten SS-20 zieht nicht. Die Sowjetunion ist bereit, diese Waffen einzufrieren und ist in der Lage, Garantien abzugeben, dass sie Europa nicht erreichen.

Die Vorschläge von Budapest zu den konventionellen Waffen würden einen allmählichen Truppenabbau bis zu einer Million Mann erlauben. Verifikation würde Sicherheit für alle garantieren, auch für die Schweiz, von der man weiss, dass sie niemanden angreift. Ein wichtiges Element im Appell von Budapest ist, dass die sozialistischen Länder bereit sind, die Kontrolle der militärischen Operationen und der verbleibenden Truppen zuzulassen.

An der KVAE hat die Sowjetunion zu allen Problemen Vorschläge unterbreitet. Sie hat ein vitales Interesse an einem positiven Resultat in Stockholm. Kürzlich begab sich eine sowjetische Militärdelegation nach Stockholm, um auf Wunsch der Teilnehmer die militärischen Vorschläge der Sowjetunion zu erläutern. Die Voraussetzungen für einen positiven Verhandlungsabschluss der KVAE sind gegeben.

Die Sowjetunion hat ihre grundsätzliche Zustimmung zu Inspektionen an Ort gegeben. Dies war nicht einfach für sie. Denn sie erlaubt den Zugang zu ihrem Territorium, während die USA nicht gleichziehen. Aber sie hat ihre Zustimmung gegeben, um das Vertrauen zu stärken. Für einen Entscheid über die Methoden der Verifikation in Stockholm ist die Zeit indessen nicht reif. Wir kennen die Konsequenzen nicht, wenn die Inspektionen mit Helikoptern oder Flugzeugen durchgeführt werden. Es liegt nicht am mangelnden Vertrauen, sondern an den technischen Problemen, die diese Methoden aufwerfen.

./.

- 7 -

Die Amerikaner benehmen sich in Stockholm ähnlich wie in Bern. Sie suchen nach Schwachstellen, um die KVAE zu Fall zu bringen. Die Möglichkeit von Gesprächen zwischen unsern Delegationschefs in Stockholm kann man prüfen. Aber man sollte den positiven Abschluss der KVAE nicht komplizieren. Positive Ergebnisse sind ein Erfolgsversprechen für Wien.

Verifikation ist wichtig. Aber sie ist nicht zu trennen vom Prozess des Abbaus und der Beseitigung der Waffen. Beide Probleme sind als Ganzes zu behandeln.

CFA unterstreicht, die Schweiz trete für eine vollständige nukleare Abrüstung ein. Auf schweizerischem Territorium gibt es keine Nuklearwaffen. Aber die Schweiz ist ein kleines Land, und wir sind nicht so naiv zu glauben, eine blosser Verurteilung der Nuklearwaffen führe zu ihrer Beseitigung. Im Rahmen ihrer Disponibilität kann die Schweiz zu Begegnungen auf ihrem Territorium einladen.

Einseitige Vorschläge genügen nicht. Es braucht ein internationales Abkommen zwischen jenen, die über das Schicksal der Welt entscheiden können. In den Vorschlägen Generalsekretär Gorbatschows vom 15. Januar 1986 figurieren die konventionellen Waffen nicht. Sie wurden aber in den Appell von Budapest aufgenommen. Die USA und die Sowjetunion sind sich grundsätzlich einig über die Beseitigung der chemischen Waffen. Es bleibt die Regelung der Verifikation. Wir müssen vom ersten Teil der KVAE profitieren. Das Forum von Stockholm ist eine Etappe, die Fortschritte im Bereich der Kontrolle erlauben sollte. Die Nuklearwaffen sind ein globales Problem, das die ganze Menschheit angeht. Der Unfall von Tschernobyl hat dies deutlich gemacht.

Wenn sich am 19. und 20. September 1986 der sowjetische und der amerikanische Aussenminister in Washington zur Vorbereitung des

- 8 -

zweiten Gipfels treffen, dann begleiten sie die Wünsche der Schweiz, dass ihre Bemühungen um Lösungen, die allen gerecht werden, erfolgreich sein mögen.

Sch. verweist nochmals auf das ungeheure Nuklearpotential in der Welt. Es gibt zwei nukleare Supermächte. Eine will die Nuklearwaffen beseitigen, die andere unternimmt praktisch nichts. Es stellt sich die Frage, was die internationale Gemeinschaft tun kann, um Bewegung in diese Situation zu bringen.

Zurzeit verhandelt man ergebnislos. Weder die Diskussionen in der Generalversammlung der UNO, noch die Abrüstungskonferenz in Genf kommen über gute Resolutionen hinaus. Inzwischen geht die Aufrüstung weiter und schliesst den Weltraum ein. Die Sowjetunion hält sich an das Moratorium, bringt das Problem auf die weltweite Ebene.

Dass niemand verschont bleibt, hat Tschernobyl gezeigt. Dort handelte es sich um einen blossen Unfall. Was könnte die Entfesselung eines Nuklearkrieges dagegen bedeuten. Tschernobyl hat offenbart, dass menschliches Versagen nicht auszuschliessen ist. Dasselbe könnte auch auf militärischem Gebiet passieren. Dann würde die ganze Menschheit in eine unglaubliche Katastrophe gezogen. In der Praxis sollten die USA mehr Disponibilität beweisen.

CFA zeigt sich beunruhigt, dass sich die Gespräche mit den USA an Ort bewegen könnten. Tschernobyl hat bewiesen, dass die Völker aller Staaten betroffen sind.

Man muss bei der Abrüstung etappenweise vorgehen. Nicht alle Probleme können gleichzeitig gelöst werden. Bei den chemischen Waffen sind wir bereit. Die konventionellen kann man nicht von

- 9 -

den nuklearen Waffen trennen. Die Foren haben wir, aber einmal müssen wir auch irgendwo mit konkreten Entscheidungen beginnen.

Sch. kommt auf die Notwendigkeit zurück, bei der Abrüstung die gemeinsamen Bemühungen zu verstärken. Ein Verbot chemischer Waffen ist dringend. Hier gibt es positive Anzeichen. Die Sowjetunion ist bereit, notwendige Massnahmen zu ergreifen.

Es gibt noch ein paar Fragen, u.a. der Kontrolle auf Anfrage, zu klären. Aber im kommenden Jahr wäre die Unterzeichnung des Uebereinkommens denkbar. Sch. schlägt vor, dass die sowjetische und die schweizerische Delegation im Hinblick auf den Abschluss des Uebereinkommens zusammenarbeiten. Die sowjetische Delegation in Genf könnte entsprechende Instruktionen erhalten.

CFA begrüsst diesen Vorschlag.

Sch. kommt auf die Wiener KSZE-Folgekonferenz zu sprechen und erklärt, die sowjetische Seite bereite die Konferenz sehr sorgfältig vor. Diskussionen mit den sozialistischen Ländern haben bereits stattgefunden. Ueber folgende Punkte besteht Einigkeit:

- In Wien muss allen drei Körben die gleiche Aufmerksamkeit geschenkt werden.
- Wie auch mit dem französischen und britischen Aussenminister besprochen, sollte die Eröffnung auf der Ebene der Aussenminister stattfinden.
- Eine dynamischere Entwicklung des Helsinki-Prozesses als bei früheren Konferenzen sollte möglich sein.
- Nach Wien sollten Diskussionen über Vertrauen und Verifikation erneut aufgenommen werden.

- 10 -

CFA ist einverstanden, dass allen drei Körben gleiche Bedeutung zukommt. Dies war auch eine der grundlegenden Voraussetzungen der Schlussakte und entsprach immer der schweizerischen Haltung.

Zustimmung findet ferner, die Eröffnung der Folgekonferenz in Wien auf Ebene der Aussenminister abzuhalten und der Konferenz mehr Dynamik zu verleihen.

Bedenken äussert CFA jedoch gegen den sowjetischen Vorschlag, die Gespräche über Vertrauen und Verifikation nach Wien in einer zweiten Phase wieder aufzunehmen. Damit riskiert man, dass es in Stockholm überhaupt zu keinem Ergebnis kommt. Schweizerischerseits hat man jedoch die Hoffnung noch nicht aufgegeben, bis zum 19. September einen kleinen Fortschritt zu erzielen, um unter besseren Voraussetzungen nach Wien gehen zu können. Dasselbe hatte sich die Schweiz auch vom Berner Expertentreffen über menschliche Kontakte erhofft, was dann bekanntlich im letzten Moment misslang.

Nicht nur ein Scheitern der KVAE, sondern auch die Schaffung eines neuen Organs im Sinne des Budapester Appells würde den ersten Korb langsam aushöhlen. Die Schweiz ist zudem gegen ein solches zusätzliches Organ, weil dort die Rolle der Neutralen auf jene von Briefträgern zusammenschrumpfen würde. Die Neutralen und Nichtpaktgebundenen sind aber von den Sicherheitsfragen in Europa zu sehr betroffen, als dass sie sich mit einer solchen Rolle begnügen könnten.

Auf die Bemerkung Sch.'s, wenn die Stockholmer Konferenz scheitere, liege die Verantwortung dafür allein bei den USA, geht CFA nicht ein.

Sch. meint daraufhin, in Stockholm kämen die Neutralen nicht darum herum, ihre Kommentare abzugeben. Gerade sie müssten sich jetzt für positive Ergebnisse einsetzen. Sowjetischerseits bleibt man gemässigt optimistisch.

\*\*\*\*\*

## Bilaterale Beziehungen

### A. Wirtschaftliche Fragen

CFA erwähnt die kommende Schweizerische Werkzeugmaschinenausstellung (Stankex) in Moskau, die Staatssekretär Sommaruga am 14. Oktober 1986 eröffnen soll. Er unterstreicht nachhaltig den Wunsch der Schweiz, dass Sommaruga von Aussenhandelsminister Aristow empfangen werde.

Aussenminister Schewardnadse (S) äussert sich über den zunehmenden Umfang des bilateralen Handels positiv. Laut S ist jedoch die Zeit reif, den Wirtschaftsaustausch umfassender zu gestalten und neue Formen einzubeziehen. Dazu erwähnt er "entreprises mixtes", industrielle Kooperation, gemeinsame Tätigkeit auf Drittmärkten. Konkrete Vorschläge dazu können - so S - in einiger Zeit unterbreitet werden. S betont das sowjetische Interesse an der Stankex und regt an, dass Sommaruga neben Aristow auch den 1. stellvertretenden Ministerpräsidenten W.M. Kamenzew sieht, der für die aussenwirtschaftlichen Beziehungen in ihrer Gesamtheit zuständig ist.

### B. Kulturelle Fragen

CFA zeigt sich über den stetig wachsenden kulturellen Austausch zwischen den beiden Ländern sehr befriedigt und erwähnt einige Beispiele.

Er übermittelt den Wunsch der Leitung der Filmfestspiele von Locarno nach einer aktiveren Teilnahme der Sowjetunion.

In bezug auf den Austausch von Studierenden und Wissenschaftlern ersucht CFA die sowjetischen Behörden um Vereinfachung der Formalitäten und erleichterten Zugang derselben zu sowjetischen Archiven und Bibliotheken.

Der Direktor des Schweizerischen Bundesarchivs, Oskar Gauye, wird anlässlich eines internationalen Kongresses im kommenden Herbst die Sowjetunion besuchen und wünscht, so CFA, seine sowjetischen Kollegen zu treffen.

S erachtet den kulturellen Austausch ebenfalls als zufriedenstellend. In diesem Zusammenhang führt er insbesondere die Uebersetzung und Herausgabe von Werken schweizerischer Autoren an und weist auf das grosse Interesse des sowjetischen Publikums an der schweizerischen Kultur hin. Was den erleichterten Zugang zu Archiven und Bibliotheken anbelangt, so ist die sowjetische Seite bereit, dazu Hand zu bieten.

Des weiteren gibt S dem sowjetischen Wunsche Ausdruck, dass die Arbeiten am Abkommen über die Zusammenarbeit im Bereich von Radio und Fernsehen zwischen den zuständigen Organen der beiden Staaten beschleunigt werden. Zudem ersucht die sowjetische Seite ihre schweizerischen Gesprächspartner, die mögliche Wiedereröffnung eines Büros der Presseagentur "Novosti" in Bern zu prüfen.

In bezug auf das geplante Abkommen über Radio und Fernsehen weist CFA

auf die alleinige Kompetenz der SRG in diesem Bereiche hin, erwähnt aber deren Bereitschaft, das Abkommen bald zu unterzeichnen.

### C. Humanitäre Fragen

CFA dankt den Sowjets für die Lösung von am Genfer Gipfel unterbreiteten humanitären Fällen und legt drei weitere vor.

Er unterstützt das von der schweizerischen Botschaft in Moskau am 3. März 1986 hinterlegte Gnadengesuch für einen in der Sowjetunion wegen Drogenvergehens inhaftierten Schweizer Bürger. S hält dafür, dass die zuständigen sowjetischen Stellen derartige Gesuche im allgemeinen seriös und im positiven Sinn prüfen und ihnen, sofern dem keine Staatsinteressen entgegenstehen und keine Verletzung sowjetischer Gesetze vorliegt, stattgegeben wird. S verspricht, alle unterbreiteten Fälle erneut prüfen zu lassen.

### D. Konsularische Fragen

S äussert sich zum anstehenden Verkauf eines einst von Lenin bewohnten Hauses in Genf und bittet die schweizerische Seite, mit der nötigen Aufmerksamkeit an die Lösung dieser Angelegenheit heranzugehen. Für die Sowjetunion - so S - ist alles, was mit Lenin zusammenhängt, "sacré".

CFA weist auf die diesbezügliche Kompetenz der Genfer Behörden hin und verspricht, den Fall weiterhin zu verfolgen. S erwähnt die Hilfe der Schweizer Behörden im Zusammenhang mit der Entführung von zwei sowjetischen Staatsangehörigen in Mozambique und bittet seine Gesprächspartner, ihre Bemühungen um eine Freilassung der beiden fortzusetzen.

CFA unterstreicht die Bereitschaft der Schweiz, weiterhin ihr Möglichstes zu tun.

### E. Politische Kontakte

S bezeichnet die politischen Kontakte zwischen den beiden Staaten als positiv und erwähnt insbesondere den kommenden Besuch einer schweizerischen Parlamentarierdelegation. Die direkten Kontakte zwischen Vertretern der beiden Aussenministerien sollen nach S weiterhin ausgebaut werden. Im weiteren spricht sich S auch für vermehrte Kontakte zwischen gesellschaftlichen Organismen wie beispielsweise Gewerkschaften und Frauenorganisationen aus.

S dankt CFA für die während des Besuches ausgesprochene Gegeneinladung. Er hofft, dieser Folge leisten zu können.

### Zusatzprotokolle zu den Genfer Konventionen; IKRK in Afghanistan;

#### Internierte in der Schweiz

Im Zusammenhang mit der im kommenden Oktober stattfindenden Internationalen Rotkreuzkonferenz weist CFA auf die Präcedenzwirkung einer Ratifikation der beiden Zusatzprotokolle von 1977 durch die Sowjetunion hin.

S erklärt, dass eine mit den nötigen Kompetenzen ausgestattete Delegation die Sowjetunion an der Konferenz vertreten wird. Vorsichtig äussert er sich zur Frage der Ratifikation der Zusatzprotokolle. Er betont die Wichtigkeit der beiden Vertragsinstrumente, weist aber darauf hin, dass vorgängig einer Ratifikation durch die UdSSR die Haltung der anderen Sicherheitsratsmitglieder bekannt sein muss.

CFA bittet seine Gesprächspartner, ihren Einfluss bei der afghanischen Regierung geltend zu machen, damit das IKRK seine Tätigkeit in Afghanistan wieder aufnehmen kann. Er weist in diesem Zusammenhang auf die Unabhängigkeit und den unpolitischen Charakter des IKRK hin.

S kann dazu nur allgemein Stellung nehmen. Seines Wissens ist die Regierung in Kabul gegen eine Wiederaufnahme der Tätigkeit durch das IKRK. Die sowjetische Seite wird aber die afghanische Regierung über die schweizerische Demarche in Kenntnis setzen und es nicht versäumen, der Schweizerischen Regierung eine eventuelle Aenderung in der afghanischen Haltung zu dieser Frage mitzuteilen.

CFA unterstreicht die Bereitschaft der Schweizer Behörden, im Bedarfsfall weiterhin sowjetische Soldaten zu internieren.

S hält dafür, dass weitere Internierungen nicht mehr unerlässlich sind.

## Regionalkonflikte

### A. Afghanistan

Gemäss S sollte der politische Aspekt der Probleme um Afghanistan nicht ausgeklammert werden. Die nationale und demokratische Revolution in Afghanistan - so S - konsolidiert sich. Die afghanischen Verantwortlichen möchten sämtliche Klassen und Schichten, einschliesslich der nationalen Bourgeoisie und der ehemaligen Rebellen, an der Macht beteiligen. Eine demokratische Verfassung ist in Vorbereitung. Als Hauptproblem bezeichnet S die fortdauernde bewaffnete Einmischung von aussen. Sobald diese aufhört, kann eine Lösung leicht gefunden werden; kein Staat ist daran mehr interessiert als die Sowjetunion. Pakistan beharrt jedoch auf einem kurzfristigen sowjetischen Truppenabzug, ohne seinerseits Nichteinmischungsgarantien abzugeben. S ist aber überzeugt, dass auch Pakistan zu einer besseren Einsicht gelangen wird.

### B. Israel

CFA weist auf die Gespräche zwischen der UdSSR und Israel in Helsinki hin und fragt S nach seiner Meinung bezüglich des Nahost-Konfliktes. S will den Gesprächen von Helsinki keine Bedeutung beimessen; er bezeichnet sie als banale konsularische Routineangelegenheit. Laut S werden die Kontakte zu einem späteren Zeitpunkt weitergeführt.

Nach wie vor steht die Sowjetunion für die Abhaltung einer internationalen Konferenz unter Einschluss aller beteiligten Parteien, inklusive Israel, ein. Nach S befürworten fast alle Betroffenen eine solche Konferenz. Der sowjetische Vorschlag eines vorbereitenden Ausschusses, bestehend aus den Mitgliedern des Sicherheitsrates und den

direkt betroffenen Parteien, sollte - so S. - demnächst verwirklicht werden. CFA fragt, ob nicht die Aufnahm konsularischer oder diplomatischer Beziehungen zwischen der UdSSR und Israel einen wichtigen Schritt im Hinblick auf die Konferenz darstellen würden. Laut S begeht Israel einen grossen Fehler, indem es auf einer vorgängigen Wiederaufnahme der gegenseitigen Beziehungen besteht. S hält dafür, dass sämtliche Parteien ohne jegliche Vorbedingung an die Vorbereitung der Konferenz herangehen sollten. Ein Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten, fügt S abschliessend an, würde eine sofortige Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen den beiden Staaten ermöglichen.

### C. Iran/Irak

S drückt seine tiefe Besorgnis über den ausdauernden Krieg zwischen Iran und Irak aus, der schon über eine Million Opfer gefordert hat. Die Sowjetunion unterhält Kontakte zu beiden Seiten und versucht - bisher erfolglos - , auf ein Ende des Krieges hinzuwirken.

Die Schweiz - so S - verfügt über grosse und erfolgreiche Erfahrung beim Vermitteln "Guter Dienste". Seiner Meinung nach sollte die Schweiz daher für die Beilegung dieses Konfliktes einen besonderen Beitrag leisten. CFA erwähnt die guten Kontakte der Schweiz zu beiden kriegführenden Parteien. Mehrmals - so CFA - hat die Schweiz ihre Dienste angeboten - jedoch ohne Ergebnis. In diesem Zusammenhang zitiert CFA den Ausspruch eines Vertreters einer der beiden Parteien: "Il y a une seule solution à cette guerre: c'est la guerre."

S teilt den Pessimismus von CFA; seiner Meinung nach will nicht nur die iranische Regierung, sondern auch das Volk diesen Krieg. Die Lage - so S - ist äusserst verworren, trotzdem muss weiterhin auf ein Ende des Krieges hingewirkt werden.

### Schlussbemerkungen

CFA dankt für die ausführlichen Gespräche, die er als wichtige Ausgangslage für die weiteren Beziehungen betrachtet.

S erwähnt einen telefonischen Anruf von Generalsekretär Gorbatschow, der sich nach dem Gang der Gespräche erkundigt hat. S hat ihm geantwortet, die Gespräche verliefen sehr konstruktiv und in einer Atmosphäre "wohlwollender Offenheit". S übermittelt die Grüsse des Generalsekretärs an den Schweizerischen Bundesrat, die CFA erwidert.